

Wie weiter mit der Parteiorganisation der CDU nach Merkel?

Eine Analyse der Debatten auf Regionalkonferenzen zum neuen Parteivorsitz.

Benjamin Höhne¹/Elias Koch²

1. Einleitung

Nach fast zwei Jahrzehnten an der Spitze der CDU kündigte Angela Merkel am 29. Oktober 2018 an, nicht erneut als Parteivorsitzende kandidieren zu wollen. Um die CDU-Mitglieder bei der personellen Neubesetzung des Vorsitzes einzubinden, entschloss sich der Parteivorstand für das Abhalten von Regionalkonferenzen. Auf diesen stellten sich Annegret Kramp-Karrenbauer, Friedrich Merz und Jens Spahn als die drei aussichtsreichsten Personen vor. Kramp-Karrenbauer konnte das Rennen für sich entscheiden und wurde auf dem 31. Bundesparteitag der CDU am 7. Dezember 2018 in Hamburg zur neuen Bundesvorsitzenden gewählt.

Dieser Prozess war in mehrfacher Hinsicht ein Novum. Zum einen konnten sich die Mitglieder über inklusive Regionalkonferenzen diskursiv beteiligen, wenngleich dort keine Entscheidung getroffen wurde, sondern sie den 1.001 Delegierten des Bundesparteitags überlassen blieb. Zum anderen bestand nach den langen Amtszeiten von Angela Merkel (18 Jahre) und Helmut Kohl (25 Jahre) – unterbrochen nur von einer Übergangsphase unter Wolfgang Schäuble (1998-2000) – erstmals seit 1971 wieder eine Auswahl aus mehr als einer Person für das Amt des Unionsvorsitzes (von Lieben, 2018).

Innerparteilicher Wettbewerb und eine inklusive Beteiligung der Parteibasis bei der Auswahl der Parteivorsitzenden sind in westlichen Demokratien zunehmend häufig zu beobachten (Cross et al., 2016; Pilet & Cross, 2014). In Deutschland haben sich diesem Trend mit einiger Verzögerung CDU und SPD angeschlossen (Jun & Jakobs, 2021). Die Zunahme an sichtbarem, innerparteilichen Wahlkampf um die Parteiführung und ausgeweitete Selektorate werfen in der Parteienforschung neue Fragen auf. Ausgehend von der *Leadership-Selection-* und *Party-Change-*Literatur (Cross & Blais, 2012; Harmel & Janda, 1994) gehen wir zwei konsekutiven Analysebereichen nach: Wir analysieren, welche innerparteilichen Reformvorhaben auf den Regionalkonferenzen der CDU diskutiert wurden. Daran anschließend beleuchten wir, wie sich die drei Kandidierenden zu organisations-

¹ Dr. Benjamin Höhne ist Politikwissenschaftler an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.

² Elias Koch studiert im Master Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin und ist Studentischer Mitarbeiter am dortigen Lehrbereich für *Politisches Verhalten im Vergleich* sowie am Lehrstuhl für *Politische Soziologie & Methoden* an der Universität Greifswald.

internen Wandlungsoptionen positioniert haben und suchen nach Erklärungsansätzen dafür.

Die vorliegende qualitative Analyse erfolgt auf der Grundlage einer Vollerhebung sämtlicher Redebeiträge, Fragen und Antworten auf den acht Regionalkonferenzen der CDU, die zwischen dem 15. und 30. November 2018 abgehalten wurden. Insgesamt wurden für den vorliegenden Beitrag etwa 23 Stunden audiovisuelles Material transkribiert. Der Umfang der acht Protokolle beträgt 201.615 Wörter. Die bei den Regionalkonferenzen diskutierten Veränderungsvorhaben wurden ausgehend von den durch Anika Gauja (2016) entwickelten Dimensionen innerparteilichen Wandels in einem iterativen Prozess identifiziert, kodiert und primär-analytisch ausgewertet. Ergänzend wurden Parteiinformationen wie Kandidierenden-Statements um die Regionalkonferenzen herum und Medienartikel hinzugezogen.

Unsere Ergebnisse zeigen, dass Fragen der zukünftigen Parteiorganisation der CDU in vielen Facetten diskutiert wurden. Die Kandidierenden thematisierten, auch in Reaktion auf Wortmeldungen aus dem Publikum, Möglichkeiten zur verstärkten Mitgliederbeteiligung bei der Erarbeitung von CDU-Positionen. Dabei stellte die Rolle, die die Vereinigungen in der CDU einnehmen sollten, einen Schwerpunkt dar. Es wurde auch über den Umgang miteinander bzw. innerhalb der Union debattiert. Repräsentationstheoretisch bedeutsam ist, dass Themen der innerparteilichen Präsenz, die in Bezug auf gesellschaftlich marginalisierte Gruppen besonders intensiv bei Bündnisgrünen, Linken und SPD geführt werden (Böhringer & Höhne, 2021), ihren Weg in das konservative Lager gefunden haben und dort ebenfalls parteiöffentlich diskutiert wurden. Dabei standen Wege zur breiteren deskriptiven Repräsentation von Frauen und jüngeren Menschen in Ämtern und Mandaten im Mittelpunkt.

Mit Blick auf die persönliche Positionierung der drei Kandidierenden zeigte sich bei manchen Fragen eine Tendenz, für Reformvorhaben einzutreten, von denen sie annehmen konnten, dass sie der eigenen Wahl zuträglich sein würden. Kamen sie offenbar zu einer anderen Einschätzung, meldeten sie eher Bedenken zu den entsprechenden Reformvorhaben ihrer Konkurrenz an. Diese Befunde unterstützen die Annahme, dass sich Kandidierende um den Parteivorsitz unter den Rahmenbedingungen inklusiver Beteiligungsformate strategisch im Sinne der eigenen Chancenmaximierung verhalten.

Im nachfolgenden Abschnitt werden die diesem Beitrag zugrundeliegenden theoretischen Überlegungen skizziert. Anschließend wird die Ausgangslage für die erste offene Führungssuche in der CDU dargelegt, nachdem Angela Merkel ihren Rückzug von der Parteispitze angekündigt hatte. Dabei stehen die Regionalkonferenzen als inklusives Beteiligungsformat ebenso im Fokus wie die Profile der drei aussichtsreichsten Kandidierenden. Die Analyse des Kommunikationsgeschehens

auf den Regionalkonferenzen bildet den Hauptteil des vorliegenden Beitrags. Abschließend werden die zentralen Befunde und Implikationen zusammengefasst sowie hieran anknüpfende Fragestellungen für weiterführende Forschung formuliert.

2. Forschungsstand

Parteivorsitzende bekleiden einflussreiche Ämter in der Parteiendemokratie (Helms, 2000). Sie sind maßgeblich verantwortlich für die Weiterentwicklung ihrer Parteien und somit auch für „any variation, alteration or modification in how parties are organized, what human and material resources they can draw upon, what they stand for and what they do“ (Harmel & Janda, 1994, S. 275). Sie können wesentlichen Einfluss darauf nehmen, wie sich ihre Partei bei der internen Organisation, politischen Positionierung im Parteiensystem sowie strategischen Ausrichtung aufstellt (Harmel et al., 1995; Bale, 2012; Gauja, 2016). Dabei können dahingehende Veränderungen sowohl symbolischer als auch substanzieller Art sein (Harmel, 2002). Der Führungswechsel in einer Partei gilt als eines von mehreren Elementen zur Erklärung des Wandels von Parteien (Harmel & Janda, 1994). Es blieb jedoch bisher weitgehend unbeleuchtet, für welche Wandlungsoptionen Kandidierende für den Parteivorsitz während des Auswahlprozesses kommunikativ eintreten.

In Bezug auf die innerparteilichen Bedingungen der Auswahl von Parteivorsitzenden sind in westlichen Demokratien inklusive Formen der Mitgliederbeteiligung vermehrt zu beobachten (Cross & Blais, 2012; Sandri & Seddone, 2015; Küppers, 2023). Diese werden in der Forschung als Demokratisierung der *Leadership Selection* diskutiert (Hopkin, 2001; LeDuc, 2001; Lisi, 2010). Allerdings bestehen bei der Ausgestaltung der *Leadership Selections* länder- und parteispezifische Unterschiede (Pilet & Cross, 2014). So können lediglich Vorstellungsrunden mit einem konsultativen Charakter abgehalten werden, nach denen im Anschluss ein exklusives Parteigremium auf zentraler Ebene über die personelle Besetzung des Vorsitzes entscheidet. Die Basismitglieder können weitaus mehr Einfluss ausüben, wenn sie Personalentscheidungen, etwa im Rahmen von Urabstimmungen, die auch als *Closed Primaries* bezeichnet werden, selbst treffen. Im Vergleich zu Personalentscheidungen per (exklusivem) Gremienbeschluss büßen Einzelpersonen sowie kleinere Personenkreise innerhalb einer Partei durch die verstärkte Mitgliederbeteiligung, die mit Formen der Dezentralisierung einhergehen kann, an Einfluss ein (Jun & Minas, 2023).

Üblicherweise findet der Entscheidungsprozess gestuft (und zeitlich versetzt) auf dezentraler und zentraler Ebene statt (Scarrow, 2021), so auch bei dem hier untersuchten Auswahlprozess. Unterschieden werden kann bei der Personalrekrutierung der Parteien zudem eine formale von einer informalen Entscheidungsdimension

(Höhne, 2013). Nach dem deutschen Parteiengesetz sind nur Mitglieder- oder Delegiertenparteitage befugt, Parteivorsitzende zu wählen. Deshalb mussten die Ergebnisse der jüngsten Mitgliederbefragung Ende 2021 in der CDU durch einen Delegiertenparteitag bestätigt werden (Jun & Jakobs, 2021). Formal hatten die Delegierten das letzte Wort, faktisch konnten sie das Ergebnis der Mitgliederbefragungen nicht ignorieren. Schließlich ist auch die Personalvorschlagskompetenz und deren innerparteiliche Verortung von Bedeutung (Aylott & Bolin, 2017). Dabei kann zwischen verschiedenen Parteidimensionen – auch als „party faces“ bezeichnet (Katz & Mair, 1993; Alexandre-Collier & Avril, 2021) – unterschieden werden. Beispielsweise findet bei der Wahl des „Leaders“ der Conservative Party in Großbritannien eine Vorselektion der Kandidierenden innerhalb ihrer Parlamentsfraktion statt (Alexandre-Collier & Avril, 2021; Bogdanor, 2022). Im vorliegenden Untersuchungsfall spielten Personalvorschläge von Parteigremien nur eine untergeordnete Rolle, vielmehr waren Selbstbewerbungen, die an bestimmte Nominierungsvorgaben geknüpft waren, die gängige Praxis.

Durch eine vermehrte Basisbeteiligung verändert sich der Auswahlprozess auch für die Kandidierenden (Aylott & Bolin, 2022). Sie müssen nicht mehr lediglich ein Führungsgremium von ihrer Eignung als Parteivorsitzende überzeugen, sondern weitere Teile ihrer Partei. Es kann sich ein öffentlich ausgetragener innerparteilicher Wahlkampf entwickeln, der von medialer Berichterstattung begleitet wird (Cross & Blais, 2012). Zentrale Personalfragen können so, gerade unter der Rahmenbedingung zeitintensiver Beteiligungsformate, für einen längeren Zeitraum zum Gegenstand öffentlicher Debatten werden.

Die Kandidierenden um den Parteivorsitz beziehen im Wettstreit untereinander Positionen zur inhaltlichen und strategischen Ausrichtung ihrer Partei. Dabei gilt es, die Basismitglieder von ihren Vorstellungen bezüglich der zukünftigen innerparteilichen Demokratie zu überzeugen. Diese Dimensionen innerparteilichen Wandels können in erstens *Membership*, zweitens *Policy Development* und drittens *Candidate* sowie *Leadership Selection* untergegliedert werden (Gauja, 2016). Für die Basis sind diese drei Bereiche angestrebten innerparteilichen Wandels von besonderer Bedeutung, da die Möglichkeiten der einfachen Mitglieder zur internen Partizipation in hohem Maße davon abhängig sind, welche Mittel und Wege ihnen hierzu formal eingeräumt werden. Vorstellungen der Kandidierenden zur zukünftigen Ausgestaltung der innerparteilichen Demokratie bzw. zur Ausrichtung der Organisation können zu Beweggründen darüber werden, welche Kandidatur ein Mitglied unterstützt.

3. Die Ausgangslage im Herbst 2018 vor der personellen Neuaufstellung der Post-Merkel-CDU

3.1 Die Regionalkonferenzen als Initiierung der Vorsitzendenwahl

Am 29. Oktober 2018 gab Angela Merkel auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus bekannt, dass sie auf dem anstehenden Bundesparteitag nach 18 Jahren im Amt nicht erneut als Bundesvorsitzende der CDU kandidieren wolle. Auch eine Wiederwahl als Bundeskanzlerin schloss sie aus. Zugleich kündigte sie an, bis zur nächsten Bundestagswahl im Jahr 2021 Regierungschefin bleiben zu wollen, um ihre vierte Amtsperiode als Kanzlerin zu Ende zu führen (Beitzer, 2018; Gathmann, 2018a).

Zur Bestimmung ihrer Nachfolge beschloss die CDU-Spitze auf einer Vorstandsklausur ein Auswahlverfahren, das sich in drei Phasen unterteilen lässt: erstens das dezentrale Personalvorschlagsverfahren, zweitens der zentral koordinierte, jedoch dezentral geführte innerparteiliche Diskurs auf Regionalkonferenzen und drittens die faktische und zugleich formale Entscheidung auf dem Bundesparteitag.

Zuerst konnten Parteimitglieder für die Nachfolge Merkels vom CDU-Bundes- oder einem Landes-, Bezirks- oder Kreisverband vorgeschlagen werden. Uwe Jun & Simon Jakobs (2021) merken hierzu treffend an, dass sich Kramp-Karrenbauer, Merz und Spahn durch die öffentliche Bekundung ihres Interesses am Vorsitz informell bereits bewarben und erst anschließend die formalen Nominierungsvoraussetzungen herstellten.

Im zweiten Schritt lud die Bundespartei gemeinsam mit ihren Landesverbänden alle Mitglieder zu insgesamt acht Regionalkonferenzen ein. Zwischen dem 15. und 30. November 2018 wurden Abendveranstaltungen in Lübeck, Mainz, Seebach, Halle an der Saale, Böblingen, Düsseldorf, Bremen und Berlin abgehalten (siehe Tabelle 1). Im Rahmen dieser Regionalkonferenzen stellten sich nur noch die drei oben genannten Personen der anwesenden Parteibasis vor. Kurz zuvor hatte der als chancenlos geltende Professor für Öffentliches Recht und Völkerrecht an der Universität Bonn, Matthias Herdegen, seine Bewerbung zurückgezogen (Graw, 2018).

Drittens wurde die neue Parteivorsitzende auf dem 31. Bundesparteitag am 7. Dezember 2018 in Hamburg gewählt. Dem Bundesparteitag der CDU gehören satzungsgemäß 1.001 Delegierte an. Im zweiten Wahlgang unterlag Merz mit 482 Stimmen Kramp-Karrenbauer, die 517 Stimmen auf sich vereinte. Die Differenz zwischen beiden betrug nur marginale 3,5 Prozentpunkte. Spahn war bereits im ersten Wahlgang ausgeschieden. Die bisherige Generalsekretärin und ehemalige Ministerpräsidentin des Saarlands wurde zur zweiten weiblichen Bundesvorsitzenden in der Geschichte der CDU gewählt (Mushaben, 2022).

Tabelle 1: Ort, Datum und anwesende CDU-Mitglieder auf den Regionalkonferenzen 2018

Veranstaltungsort	Einladende Landesverbände	Datum	Anwesende Mitglieder (gerundet)	Länge der Regionalkonferenz und Umfang der Transkripte
Lübeck (Niedersachsen)	Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein	15.11.2018	800	3:00 Stunden / 26.385 Wörter
Idar-Oberstein (Rheinland-Pfalz)	Rheinland-Pfalz, Saarland	20.11.2018	2.000	2:45 Stunden / 22.877 Wörter
Seebach (Thüringen)	Hessen, Thüringen	21.11.2018	600	2:55 Stunden / 25.703 Wörter
Halle (Saale) (Sachsen-Anhalt)	Sachsen, Sachsen-Anhalt	22.11.2018	500	3:00 Stunden / 25.930 Wörter
Böblingen (Baden-Württemberg)	Baden-Württemberg	27.11.2018	2.000	2:55 Stunden / 23.857 Wörter
Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen)	Nordrhein-Westfalen	28.11.2018	3.800	2:55 Stunden / 23.810 Wörter
Bremen	Bremen, Niedersachsen	29.11.2018	1.500	3:00 Stunden / 25.718 Wörter
Berlin	Berlin, Brandenburg	30.11.2018	2.000	3:05 Stunden / 27.335 Wörter

Wie bereits erwähnt lag eine Besonderheit dieses Auswahlprozesses für die CDU in der Zahl der Kandidierenden. Erst zum zweiten Mal in der Parteigeschichte bewarben sich in der „Letztentscheidungsarena“ (Höhne 2013, 57-60) mehr als eine Person um den Vorsitz, nachdem 1971 der spätere Bundeskanzler Helmut Kohl gegen den damaligen Unionsfraktionsvorsitzenden Rainer Barzel das Nachsehen hatte. Einen Wettkampf zwischen drei aussichtsreichen Kandidierenden hatte es bei den Christdemokraten im Bund bislang noch nicht gegeben.

Ebenfalls besonders war das gewählte Verfahren zur Nachfolgeregelung. Als Gremienpartei waren für die Union Elemente der Mitgliederbeteiligung bei zentralen Personalentscheidungen bis dahin selten (Bukow, 2013; D’Antonio & Werwath, 2012). Die mit den Regionalkonferenzen gewählte Form der Basisbeteiligung galt für manche Beobachter als „kleine Revolution“ (Keesen et al., 2018), auch wenn sich der Parteivorstand nur für Regionalkonferenzen rein konsultativen Charakters entschlossen hatte. Zwar wurden bereits im Jahr 2000 in der CDU Regionalkonferenzen veranstaltet. Als Generalsekretärin hatte Angela Merkel selbst dieses Format genutzt, das ursprünglich zur Aufarbeitung des CDU-Parteispendenskandals ins Leben gerufen worden war. Letztlich empfahl sie sich dort der Basis als Nachfolgerin von Wolfgang Schäuble (von Lieben, 2018). Darüber hinaus waren Regionalkonferenzen auch in einzelnen Landesverbänden (wie auch Urwahlen) bereits abgehalten worden (Astudillo & Detterbeck, 2020; Küppers, 2021).

Der Ablauf der rund dreistündigen Regionalkonferenzen folgte einem einheitlichen Schema. Nach einem Grußwort des bzw. der Vorsitzenden des Landesverbands, in dem der Veranstaltungsort der Regionalkonferenz lag, hatten die drei Kandidierenden in jeweils neu ausgeloster Reihenfolge zehn bis fünfzehn Minuten Zeit, um sich dem Publikum vorzustellen. Anschließend folgte der wesentliche Bestandteil der Regionalkonferenzen, d.h. die Frage-Antwort-Runden. Diese füllten den restlichen Verlauf des Abends aus, der durch ein abschließendes Grußwort, üblicherweise durch Vorsitzende eines der einladenden Landesverbände, sowie das Singen der Nationalhymne abgeschlossen wurde. Die Fragen aus dem Publikum mussten vorab bei der Veranstaltungsleitung eingereicht werden. Es wurde regelmäßig betont, dass die Fragen lediglich thematisch gruppiert wurden. Nur Fragen, die „unter die Gürtellinie gehen“, wurden aussortiert, so die Moderatorin Tanja Samrotzki zu Beginn der Lübecker Regionalkonferenz. Auf diese Weise richteten zwei bis vier Unionsmitglieder zu verwandten Themenkomplexen ihre Fragen gebündelt an die Kandidierenden, die nacheinander darauf eingingen, bevor neue Fragen aus dem Publikum gestellt werden konnten. Die Wortmeldungen waren fast nie explizit an nur eine der drei Personen gerichtet, wodurch sie im Regelfall auf alle Fragen eingingen. Dieses Format eröffnete den Kandidierenden wiederum Freiheiten bei der Fokussierung auf einzelne Fragen, während andere weniger umfassend beantwortet werden konnten.

3.2 Das Personalangebot

Annegret Kramp-Karrenbauer (Jg. 1962, in den Medien häufig nur „AKK“ genannt) war die einzige Kandidatin mit Erfahrung als Regierungschefin. Bei der saarländischen Landtagswahl 2017 war sie als Ministerpräsidentin bestätigt worden. Erst im Frühjahr 2018 hatte sie dieses Amt in einem beispiellosen Vorgang niedergelegt, um ins Konrad-Adenauer-Haus zu wechseln und sich als Generalsekretärin in den Dienst der Bundespartei zu stellen. Kramp-Karrenbauer galt seither als enge Vertraute und Wunschkandidatin der Bundeskanzlerin für ihre Nachfolge als Parteivorsitzende und mittelfristig wohl auch als Kanzlerin (Amann & Neukirch, 2018). Wie sich jedoch später herausstellen sollte, war ihr Verhältnis zur Bundeskanzlerin im Herbst 2018 inzwischen weniger vertrauensvoll als in der Öffentlichkeit angenommen. Merkel hatte Kramp-Karrenbauer erst kurz vor Beginn der Sitzung des CDU-Bundespräsidiums, in der sie intern verkündete, nicht erneut als Parteivorsitzende zu kandidieren, über ihre Entscheidung informiert. So blieben der Saarländerin nur wenige Momente Bedenkzeit, um zu entscheiden, ob sie für Merkels Nachfolge kandidieren wolle oder nicht (Alexander, 2021).

Kramp-Karrenbauer hatte bereits in den vorangegangenen Jahren sowohl in der Landes- und Bundespartei als auch in der saarländischen Landesregierung Verantwortung inne. Neben ihrem Amt als Ministerpräsidentin, das sie seit der Land-

tagswahl 2012 ausübte, war sie in den Jahren 2000 bis 2011 als Landesministerin Mitglied mehrerer saarländischer Regierungskabinette. Seit 2011 war sie Vorsitzende des dortigen CDU-Landesverbandes. Bereits seit 2010 gehörte sie dem Präsidium der Bundespartei an. Somit stand sie nicht nur über einen längeren Zeitraum hinweg Merkel nah, sondern trug auch selbst Mitverantwortung für den jüngeren Kurs der Union. Unabhängig davon, wie ihr persönliches Verhältnis zu dieser Zeit war, wurde die Kandidatur der Saarländerin als inhaltliches Angebot zur Fortsetzung der parteipolitischen Mittelinie Merkels eingeordnet (Dostal, 2019; Gathmann, 2018b).

Als Generalsekretärin hatte Kramp-Karrenbauer eine sogenannte *Zuhör-Tour* veranstaltet. Dies war ein Format zur Einbeziehung der Basis in die Vorbereitung eines neuen Grundsatzprogramms der Partei.³ Während ihrer Kandidatur warb sie dafür, die Einführung eines verpflichtenden Dienstjahres als neue Kernforderung der CDU zu etablieren, welche – so Kramp-Karrenbauer – auch auf der Zuhör-Tour an sie herangetragen wurde. Gesellschaftspolitisch bezog sie teils konservativere Positionen als Angela Merkel. Sie sprach sich dezidiert gegen die 2017 vollzogene Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare aus (Kramp-Karrenbauer, 2015; von Lieben, 2018). Auf diese Weise konnte sie als Vertreterin eines pragmatischen Mittekurses mit einem traditionellen Gesellschaftsbild betrachtet werden (Dostal, 2019). Auch wenn sie stellenweise die Ausgestaltung der migrations- und integrationspolitischen Linie der CDU thematisierte, galt sie keineswegs als Kritikerin des Umgangs der Bundeskanzlerin mit der europäischen Flucht- und Migrationsbewegung in den Jahren 2015/16 (Hertner, 2022).

Unterstützt wurde Kramp-Karrenbauer von der Frauen Union der CDU sowie dem moderaten Flügel der Partei. So zählten Tobias Hans, Peter Altmaier ebenso wie der saarländische Landesverband, der sie offiziell vorgeschlagen hatte, zu ihren offiziellen Unterstützern (Schwambach, 2018).

Friedrich Merz (Jg. 1955) gehört(e), wie auch Jens Spahn, dem nordrhein-westfälischen Landesverband an. Der Jurist wurde von den Kreisverbänden Fulda und Hochsauerland vorgeschlagen. Da gleich zwei Kandidaten aus Nordrhein-Westfalen in das Rennen um den Parteivorsitz gingen, schlug der Landesverband keinen von beiden vor.

Anders als seine beiden Mitstreitenden hatte Merz in jüngerer Zeit kein Partei- oder Fraktionsamt inne. Nachdem Merkel ihn nach der verlorenen Bundestagswahl im Herbst 2002 als Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ver-

³ Das Vorhaben, ein neues Grundsatzprogramm für die CDU zu entwickeln, stellte bereits einen Baustein ihrer Kandidatur als Generalsekretärin im Februar 2018 dar (Saarländischer Rundfunk, 2023). Nachdem der Bundestagswahlkampf, die COVID-19-Pandemie sowie die mehrfach wechselnden Parteivorsitzenden und Generalsekretär:innen diesen Prozess ausbremsten, plant die CDU ihr neues Grundsatzprogramm im Jahr 2024 auf ihrem 36. Bundesparteitag zu beschließen (CDU, 2022).

drängte, der er seit 2000 vorgestanden hatte, verabschiedete er sich 2004 aus der Bundespolitik. Seither übte er seinen Beruf als Anwalt aus und war Aufsichtsratsmitglied mehrerer börsennotierter Unternehmen. Die vermutlich meistdiskutierte Tätigkeit war sein Mandat im Aufsichtsrat der *BlackRock Asset Management Deutschland AG*, wo er seit 2016 den Vorsitz innehatte. Diese Position legte er erst 2020 nieder und hatte sie folglich während seiner Kandidatur im Herbst 2018 inne (Merz, 2020a). Seine Jahre außerhalb der Spitzenpolitik waren seinem Profil als Wirtschaftsfachmann zuträglich und beförderten eine Favoritenrolle in wirtschaftsnahen Kreisen der CDU. In der Öffentlichkeit hinterließ er teils den Eindruck, unnahbar oder gar abgehoben zu sein (Dostal, 2019). Diesem Image leistete er in einem Interview mit der BILD-Zeitung Vorschub, in dem er zunächst Gerüchte bestätigte, dass er über ein Vermögen von über einer Million Euro verfüge, um sich im Anschluss, diese Aussage relativierend, als Teil der „gehobenen Mittelschicht“ (Merz, 2018a) zu beschreiben.

Seine Jahre in der freien Wirtschaft verliehen Merz jedoch nicht nur das Profil des Wirtschaftsfachmanns, sondern auch den Nimbus eines politikfernen Außenseiters, den er als Alleinstellungsmerkmal einzusetzen wusste. So konnte er kontroverse Entscheidungen der Parteiführung der vorangegangenen fünfzehn Jahre kritisieren, ohne sich wie Kramp-Karrenbauer oder Spahn Fragen nach der eigenen Verantwortung als führender Unionsrepräsentant ausgesetzt zu sehen. Besonders gegenüber Kramp-Karrenbauer aus dem Mitte-Lager positionierte sich Merz als Gegenentwurf. Diese pauschal erscheinende Abgrenzung vom CDU-Führungsestablishment trug populistische Züge, gehört zur Kernideologie des Populismus doch der behauptete Konflikt zwischen den etablierten politischen Eliten und dem angeblich vom Politikbetrieb abgekoppelten „einfachen“ Volk (Lewandowsky, 2022; Mudde & Kaltwasser, 2017).⁴

Inhaltlich kritisierte Merz v.a. den migrationspolitischen Kurs der CDU (Dostal, 2019) und forderte liberale Wirtschaftsreformen, etwa durch die Schaffung von weiteren steuerlichen Anreizen für die aktienbasierte Altersvorsorge (Merz, 2018b). Er erfuhr Unterstützung im konservativen Spektrum der Partei. Auch unter jüngeren Parteimitgliedern war er populär. Mit seiner Stilisierung als Wirtschaftsfachmann wusste er die Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung (MIT) auf seiner Seite (Mittelstands- und Wirtschaftsunion, 2018). Seine große Popularität in weiten Teilen der Parteibasis konnte er im Anschluss an die knappe Niederlage

⁴ Auch im Rahmen seiner erneuten Bewerbung um den Parteivorsitz im Herbst 2020 setzte Merz auf derartige Narrative, etwa als die Verschiebung des Parteitags, auf dem der neue Vorsitzende gewählt werden sollte, wegen der COVID-19-Pandemie zur Diskussion stand. Merz, der zu diesem Zeitpunkt aussichtsreiche Popularitätswerte hatte, sagte in einem Interview mit dem ARD-Morgenmagazin, es gäbe „Teile des Parteiestablishments, die [mit der Verschiebung des Parteitags] verhindern wollen, dass [er] Parteivorsitzender werde“ (Merz, 2020b). Ausgehend von dieser Aussage portraitierte ihn Karnitsching (2020) im Politico als „German Trump“.

in der Stichwahl auf dem Hamburger Parteitag ausbauen, wodurch er bei seinem dritten Anlauf auf den Parteivorsitz bei einer Mitgliederbefragung im Dezember 2021 schließlich auf Anhieb mit deutlicher Mehrheit gewählt wurde (Jun, 2022).

Jens Spahn (Jg. 1980) war mit damals 38 Jahren der jüngste der drei Kandidierenden um den Parteivorsitz. Der Münsterländer wurde vom Kreisverband Borken als Kandidat vorgeschlagen und war somit ein weiterer Vertreter des innerparteilich einflussreichen Landesverbands Nordrhein-Westfalen. Vor seiner Kandidatur war der langjährige Bundestagsabgeordnete bereits Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen, die meiste Zeit unter Wolfgang Schäuble. Dem Präsidium der CDU gehörte er seit 2014 an. Obwohl er sowohl in der Bundesregierung als auch in der Partei unter Führung Merkels Verantwortung trug, konnte man ihn nicht als ihren Anhänger oder gar Vertrauten bezeichnen.

Ganz im Gegenteil positionierte sich Spahn in den Jahren nach der europäischen Migrationsbewegung von 2015/16 innerhalb der Union als einer der sichtbarsten Kritiker der Bundeskanzlerin (Dostal, 2019). Merkels Entscheidung, Spahn in ihr Kabinett zu berufen, wurde als gelungener Versuch gedeutet, einen lautstarken Kritiker einzuhegen (Alexander, 2021; Wittrock, 2018). Trotzdem haderte er im Rahmen seiner Kandidatur für den Parteivorsitz öffentlichkeitswirksam mit ihrer migrationspolitischen Linie (Spahn, 2018a) und forderte eine kritische Befassung der Partei mit dem UN-Migrationspakt (Spahn, 2018c). Seine teils distanzierte Haltung bot wahrscheinlich Anlass für Angehörige des wertkonservativen Lagers, ihn zu unterstützen. Gleichzeitig regte sich Kritik an Spahn, dass er weder in der Partei noch in der Bundestagsfraktion migrationspolitische Alternativen aufgezeigt hatte, weshalb ihn Norbert Blüm (2018) in einem Interview als „Held nach Feierabend“ bezeichnete.

Im Wahlkampf um den Unionsvorsitz eröffnete sich eine Kontroverse zwischen ihm und Kramp-Karrenbauer: Spahn, der mit seinem Mann in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft lebt, grenzte sich von den konservativen gesellschaftspolitischen Positionen der damaligen Generalsekretärin ab und warb für einen progressiveren Kurs bei diesen und verwandten Fragen (Spahn, 2018b). Auch wenn er als jüngster Kandidat keine offizielle Unterstützung von der Jungen Union erhielt, präsentierte er sich als Vertreter der jüngeren Generation in seiner Partei wie auch darüber hinaus (Lüdecke, 2018). Kurzum: Aufgrund seiner (früheren) Funktionen als Parlamentarischer Staatssekretär, Gesundheitsminister und langjähriges Mitglied im engeren CDU-Führungszirkel musste er als eigensinniger Kandidat der Partielite gelten, ohne diese als Ganzes hinter sich zu wissen.

4. Inhaltliche Positionen der Kandidierenden

Entlang der von Anika Gauja (2016) vorgeschlagenen drei Dimensionen innerparteilichen Wandels (Membership, Policy Development sowie Candidate & Leader-

ship Selection) haben wir fünf verschiedene Bereiche ermittelt, die auf den Regionalkonferenzen diskutiert wurden (siehe Tabelle 2). Hierzu haben wir zunächst sämtliche Aussagen der Kandidierenden, die eine oder mehrere dieser Dimensionen adressieren, erfasst. Im Folgeschritt haben wir aus den kodierten Textpassagen induktiv Kategorien zur Unterscheidung verschiedener Ziele innerparteilichen Wandels gebildet. Dieses Vorgehen ermöglichte uns den kandidierenden-spezifischen Vergleich von Aussagen zu denselben Wandlungsbestrebungen.

Tabelle 2: Kategorisierung der Reformvorschläge auf den CDU-Regionalkonferenzen

Dimensionen innerparteilichen Wandels	Debattierte Forderungen nach innerparteilichem Wandel
<i>Membership</i>	- Mehr Basisbeteiligung
<i>Policy Development</i>	- Stärkung der innerparteilichen Vereinigungen bei der programmatischen Arbeit der CDU - Bereitschaft zu kontroversen innerparteilichen Debatten mit einem heterogenen Meinungsspektrum
<i>Candidate und Leadership Selection</i>	- Förderung weiblicher Parteimitglieder - Förderung junger Parteimitglieder

Quelle: eigene Darstellung, Kategorisierung angelehnt an Gauja (2016)

Die Analyse des Datenmaterials folgt einem analytisch-pragmatischen Diskursverständnis (Kerchner, 2006). Nach diesem Ansatz ist ein politischer Diskurs als „Feld komplexer sprachlicher und symbolischer Interaktion, auf dem (politische) Akteure ihr Verständnis von Wirklichkeit sowie die Logik ihres Handelns generieren“ (Kerchner, 2006, S. 50), zu verstehen. Dementsprechend betrachten wir die Regionalkonferenzen als ein Forum des innerparteilichen Diskurses, in dem die Kandidierenden sich für ihre jeweiligen Problemdefinitionen und Lösungsansätze einsetzten.

Das hierzu herangezogene Datenmaterial stammt aus einem eigens für diesen Beitrag erhobenen Textkorpus, der 201.615 Worte umfasst. Dieser wurde auf Grundlage von auf dem YouTube-Kanal der CDU abrufbaren Aufzeichnungen der Regionalkonferenzen mithilfe des Dienstleisters *Notta* automatisiert transkribiert.⁵ Nach der Ermittlung der relevanten Textpassagen wurden die im Rahmen der Analyse verwendeten Zitate händisch geprüft und falls notwendig korrigiert.

Im Folgenden werden die Reformvorhaben jeweils zunächst separat dargestellt, bevor die jeweilige strategische Positionierung der drei Kandidierenden zu diesen analysiert wird. Hervorzuheben ist, dass die drei Dimensionen bei der empirischen Anwendung nicht immer exklusiv verstanden werden konnten. Vielmehr berührten Reformvorschläge mitunter mehrere Parteiorganisationsbereiche. Wenn Mehrfachzuordnungen notwendig waren, wurden diese entsprechend vorgenommen.

⁵ Eine detaillierte Dokumentation der hierbei verwendeten Quellen findet sich im Anschluss an das Literaturverzeichnis unter *Datenquellen*.

Die Forderung nach einer verstärkten Beteiligung der Basis bei der politischen Willensbildung der CDU war ein erstes auf den Regionalkonferenzen diskutiertes Thema. Ehrenamtlich engagierte Basismitglieder vertreten (auch) in der CDU vermehrt den Anspruch, bei programmatischen Prozessen sowie der Auswahl von politischem Führungspersonal über mehr Instrumente zur Gestaltung und Partizipation zu verfügen (Neu, 2017; Schulte, 2018). Beispielsweise machte Peter Tauber (2017), der Vorgänger Kramp-Karrenbauers im Amt der Generalsekretärin, in einem Interview ein wachsendes Verlangen an der CDU-Basis zur inhaltlichen Mitarbeit aus. Als Basismitglied an politischen Prozessen innerhalb der Parteien teilzuhaben fügt sich in die Membership-Kategorie von Anika Gauja (2016). Es handelt sich hierbei um einen Reformbereich, der besonders durch Basismitglieder vertreten, gleichzeitig jedoch auch seitens führender Persönlichkeiten in der CDU thematisiert wurde.

Andere im Bundestag vertretene Parteien nutzten Instrumente zur innerparteilichen Mitbestimmung und -gestaltung wie *Closed Primaries* schon früher im Kontext vermehrter politischer Konkurrenz und angesichts sinkender Mitgliederzahlen. So hatte die SPD-Basis in den Jahren 2013 und 2017 die Möglichkeit, über die Beteiligung ihrer Partei an zwei Großen Koalitionen zu entscheiden (Jun, 2018, 2022; Träger, 2015). Dabei musste es freilich nicht immer um Demokratieförderung per se gehen, sondern es konnten auch strategische Kalkulationen eine Rolle spielen.⁶ Bei den Bündnisgrünen wurden Urwahlen durchgeführt, um über die Nominierung der jeweiligen Spitzen-Duos für die Bundestagswahlen 2013 und 2017 zu entscheiden (Bukow & Koch, 2021).

Neben diesem Anliegen wurde auf den Regionalkonferenzen die Forderung diskutiert, die parteiinternen Vereinigungen bei der Entwicklung von inhaltlichen Parteipositionen mehr einzubeziehen. Für die CDU, die als „Prototyp einer Volkspartei“ (Haungs, 1992, S. 103) beschrieben wurde, sind die Vereinigungen ein wesentliches Merkmal ihrer internen Programmarbeit. In einer gemeinsamen, durch jede Vereinigung einzeln veröffentlichten, Presseerklärung luden die innerparteilichen Organisationen die drei Kandidierenden zu Vorstellungsrunden im Kreise ihrer Mitglieder abseits der Regionalkonferenzen ein (z.B. Frauen Union, 2018b; Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU/CSU, 2018). Im gleichen Zuge formulierten sie ihre Erwartung, von den Kandidierenden zu erfahren, „wie sie die Vereinigungen politisch, strukturell und organisatorisch einbinden und stärken wollen, um die Zukunft der Volkspartei CDU zu sichern“. Durch ihre Vermittlerrolle gegenüber kollateralen Organisationen (Allern et al., 2021) und ihre Mitwirkung an der Entwicklung fachpolitischer Positionen in der CDU (Bösch,

⁶ Wie Thorsten Faas (2015) sowie Thorsten Faas & Tristan Klingelhöfer (2019) anmerken, dienten diese Mitgliedervoten der SPD in beiden Fällen auch zur Stärkung ihrer Position gegenüber den Unionsparteien bei den anstehenden Koalitionsverhandlungen sowie der Überwindung innerparteilicher Widerstände gegen eine weitere Große Koalition.

2018; D'Antonio & Werwath, 2012) betrifft die Forderung nach einer Stärkung der Vereinigungen die Dimension der *Policy Development*.

Ein weiteres Thema auf dem Gebiet der *Policy Development* war der Ruf nach kontroverseren innerparteilichen Debatten. Insbesondere aus Teilen der Parteibasis, die den Mittekurs unter Angela Merkel kritisch betrachteten, war bereits vor Beginn der Regionalkonferenzen die Forderung nach mehr Verständnis für Positionen rechts des moderaten Spektrums in der CDU vernehmbar. Selbst Angehörige des CDU-Bundesvorstands vertraten dieses Anliegen (Dunz & Mayntz, 2017). Diese Debatte wurde vor dem Hintergrund fortgeführt, dass zwischen CDU und CSU im früheren Verlauf des Jahres 2018 ein Richtungsstreit über deren gemeinsame zukünftige migrations- und integrationspolitische Ausrichtung öffentlich eskaliert war (Handwerker, 2019). Diese Auseinandersetzung zwischen den Schwesterparteien nahm zwischenzeitlich eine Dimension an, bei der sogar in Frage stand, ob die Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU im Deutschen Bundestag noch fortbestehen könne (Oppelland, 2020).

Bei Forderungen zum innerparteilichen Wandel in den Bereichen der *Candidate* und *Leadership Selection* standen sowohl die Gruppen junger und weiblicher Mitglieder im Mittelpunkt. Die Junge Union drängte bereits weit vor den Regionalkonferenzen auf einen Generationenwechsel in den Ämtern und Mandaten der Partei (Ziemiak, 2018), was als eine Kernfunktion von Nachwuchsorganisationen verstanden werden kann (Hooghe et al., 2004). Auch über eine verbesserte deskriptive Repräsentation von Frauen in Parteigremien sowie Parlamentsfraktionen und Regierungskabinetten wurde diskutiert. Die Frauen Union (Frauen Union, 2018a) machte sich für härtere Konsequenzen in Fällen stark, bei denen das Frauen-Quorum bei der Kandidierendenaufstellung oder Besetzung von Parteiämtern verfehlt wird (Ahrens & Lang, 2022; Och, 2020). Die zuletzt skizzierten Forderungen betreffen hauptsächlich die Dimension der *Candidate Selection*, da sie in erster Linie den niedrigen Frauenanteil in den Fraktionen der Partei problematisierten. Gleichzeitig sind sie im Kontext der Debatte rund um die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen jedes Geschlechts an zentralen gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen zu betrachten, die auch die Frage nach der Besetzung von Führungsämtern einer Partei betrifft.

4.1 Mehr Basisbeteiligung

Alle drei Kandidierenden sprachen sich für eine verstärkte Beteiligung der Basismitglieder bei der Parteienarbeit aus: Als „Mitmachpartei“ (J17-19; L4) solle die CDU ihren Mitgliedern mehr Möglichkeiten zur internen Partizipation anbieten. Dies sei für das Selbstverständnis als Volkspartei essenziell (J17, 19; L12). So könne die Partei inhaltliche Positionen zu drängenden Fragen der Zeit auf Basis der vielfältigen Lebenserfahrungen ihrer Mitglieder und deren fachlicher Expertise besser

formulieren. Auch das Veranstaltungsformat der Regionalkonferenz fand unter den Kandidierenden positiven Anklang. Alle Drei begrüßten die kontrovers, jedoch aus ihrer Sicht stets fair geführten Debatten.

Die damalige Generalsekretärin „AKK“ plädierte für Formate, die sie während ihrer Amtszeit bereits zur Einbindung der Parteibasis genutzt hatte. Die digitale Vernetzungsplattform „CDUPlus“ sowie die Möglichkeit, Parteiveranstaltungen über „CDULive“ per Videostream verfolgen zu können, seien wichtige Bausteine zur verstärkten Einbeziehung der Basis in die Parteiarbeit (L11). Programmatisch verwies sie auf „ihre“ Forderung eines verpflichtenden Dienstjahres für Heranwachsende. Diese Position sei ein Ergebnis der Zuhör-Tour, in deren Rahmen sie zu Beginn des Grundsatzprogrammprozesses im Sommer 2018 als Generalsekretärin durch das Land gereist war (L5, 12, 15; H10). Über die CDU hinaus aufhorchen ließ ihre Ankündigung, im Rahmen einer Werkstattveranstaltung den politischen Umgang mit der Migrationsbewegung 2015/16 aufzuarbeiten und auf diese Weise ein parteiintern häufig diskutiertes Streitthema abzuräumen (L11). Dies wurde im medialen Umfeld der CDU als taktischer Zug gedeutet, um Konservative für sich zu gewinnen (Alexander, 2021).

Merz und Spahn gingen beim Thema der innerparteilichen Partizipation noch weiter und schlugen vor, auch Nichtmitgliedern einen niedrigschwelligen Zugang zu inhaltlichen Debatten der CDU zu ermöglichen. Neben einer stärkeren Aktivierung der eigenen Mitglieder könnten solche Angebote dazu beitragen, die AfD als Konkurrentin im Parteienwettbewerb zu schwächen (K3). Merz regte zudem an, Regionalkonferenzen zum Austausch über inhaltliche Belange abseits der *Leadership Selection* anzuwenden (K5; J22).⁷ Spahn plädierte für die Einrichtung einer zentralen Datenbank zur Dokumentation des Schriftverkehrs verschiedener Teile der Partei mit ihren Mitgliedern und interessierten Bürger:innen. So könne die CDU zu jeder Zeit nachvollziehen, welchen Mail- und Briefverkehr Mitglieder und Bürger:innen bereits mit verschiedenen Untergliederungen der Partei, insbesondere ihren Landesverbänden, Parlamentsfraktionen und Abgeordnetenbüros etc., hatten und Informationen über programmatischen Anliegen gesammelt werden (J22). Spahn thematisierte diese Idee jedoch nur vage und ausschließlich auf der Regionalkonferenz in Bremen, sodass nicht eindeutig ersichtlich war, wie sie konkret ausgestaltet werden könnte.

Summa summarum sprachen sich alle drei Kandidierenden für den Ausbau der Mitgliederrechte bei parteiinternen Willensbildungsprozessen aus, setzten dabei

⁷ Dies setzte er im Rahmen der Fortführung des Grundsatzprogrammprozesses im Frühjahr 2023, nachdem er in einem späteren Anlauf die Basismitglieder von sich überzeugen konnte und die Nachfolge von Armin Laschet als Parteivorsitzender antrat, in die Tat um (CDU, 2023). So veranstaltete die CDU vier Regionalkonferenzen, auf denen sich die Basis an der Entstehung des neuen Grundsatzprogramms, gerade auch mit Blick auf die inhaltliche Schwerpunktsetzung der Partei in den Folgejahren (Orde, 2023), beteiligen konnte.

aber unterschiedliche Akzente. Kramp-Karrenbauer betonte als amtierende Generalsekretärin vor allem die bestehenden Möglichkeiten zur Mitbestimmung. Spahn wollte die digitale Infrastruktur zur besseren Kommunikation mit interessierten Mitgliedern wie auch der Zivilgesellschaft außerhalb der Partei ausweiten. Merz – ähnlich auch Spahn – stellte zudem die „Beteiligung vielleicht auch von denen, die noch nicht oder gar nicht Mitglied der CDU werden“ (K3), in den Raum. Die pro-partizipative Positionierung der drei Kandidierenden war insofern nicht überraschend, als dass sie auf Regionalkonferenzen kommuniziert wurde, die bereits einen Schritt zu inklusiverer Mitgliederbeteiligung darstellen. Überraschender war dagegen, dass Merz und Spahn die Einbindung von Nichtmitgliedern in Aussicht stellten. Zuletzt zeigten sich die deutschen Parteien vergleichsweise reserviert gegenüber der Miteinbeziehung von Nichtmitgliedern. Im Europäischen Ausland, etwa in Frankreich bei der Kandidatur der Präsidentschaftskandidierenden, gehören hingegen *Open Primaries* zu gängigen Beteiligungsformaten (Lefebvre & Treille, 2017).

4.2 Stärkung der innerparteilichen Vereinigungen

Bei der Frage nach der zukünftigen Position der innerparteilichen Vereinigungen waren sich die Kandidierenden weniger einig als beim angestrebten Ausbau von Partizipationsmöglichkeiten. Zwar lobten alle drei die in den Vereinigungen vertretene Expertise bei der Ausarbeitung politischer Lösungsansätze für politische Fragestellungen und deren Beziehungen in die Gesellschaft hinein. Als Volkspartei sei die Expertise der Vereinigungen für die Erarbeitung kompromissfähiger Vorschläge zur Bearbeitung gesellschaftlicher Herausforderungen wichtig (z.B. I16; C3; B3). Es wurden jedoch auch gegenläufige Positionen zur Rolle der innerparteilichen Vereinigungen bei internen Beratungs- und Entscheidungsprozessen sichtbar.

Spahn drängte auf einen kooperativeren Umgang zwischen den Vereinigungen. Er betonte den Wert der Einbindung der innerparteilichen Vereinigungen, die allerdings "nie im Gegeneinander [geschehen solle], sondern in dem Willen, miteinander Kompromisse und Lösungen zu finden, die uns dann als Union stark machen" (A3). Dieses Verständnis der Parteiarbeit im Zeichen des „Miteinanders“ (A4) unter den Vereinigungen sei in der Vergangenheit zu kurz gekommen. Kramp-Karrenbauer sah in den Vereinigungen ein Instrument, um in der Mitgliederstruktur unterrepräsentierten gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere Unternehmer:innen, Arbeitnehmer:innen, Frauen im Allgemeinen oder die jüngere Generation, hervorzuheben und die CDU für diese attraktiver zu machen. Wenn die CDU anstrebe, dass sich diese Gruppen „auch in der Mitgliedschaft wiederfinden, [muss die Partei] die Vereinigungen auch, und zwar nicht nur mit guten Worten, sondern auch mit Geld dabei unterstützen, dass sie genau diese Mitglieder auch werben können“, so die damalige Generalsekretärin (C3, 5).

Kramp-Karrenbauer und Spahn unterstrichen auch noch die Relevanz der Vereinigungen für die Ausbildung von politischem Führungspersonal. Die damalige Generalsekretärin forderte eine bessere finanzielle Ausstattung der Vereinigungen, auch zur Steigerung der Attraktivität der CDU für bislang unterrepräsentierte Mitgliedergruppen. Merz plädierte als einziger dafür, „nicht nur die Vereinigungen, sondern auch die Bundesfachausschüsse in der Partei“ (B3) zu stärken, um (auch auf diesem Wege) praxisnahen Sachverstand in die Positionsentwicklung der CDU einfließen zu lassen. Auch sprach er sich für eine Bemessung des Einflusses der Vereinigungen an ihrer jeweiligen Mitgliederstärke aus: „Wenn die Vereinigungen stark sind und groß sind, [...] dann müssen sie Einfluss haben“, so der Sauerländer (B3). Da jedoch lediglich ein recht kleiner Teil der CDU-Mitglieder einer Vereinigung angehöre, müsse man „aufpassen, dass in den Vereinigungen nicht eine Repräsentation simuliert“ (B3) werde, die nicht der Anzahl ihrer Mitglieder entspreche.

Alle drei Kandidierenden sahen in den Vereinigungen wichtige Organisationen für die programmatische Arbeit der CDU sowie für ihren Austausch mit verschiedenen außerparteilichen gesellschaftlichen Akteuren. Unterschiedliche Positionen lagen bei der zukünftigen Stellung der Vereinigungen in den parteiinternen Willensbildungsprozessen vor: Kramp-Karrenbauer und Spahn hoben deren Wichtigkeit für ein breites programmatisches Angebot der CDU hervor. Merz hingegen warnte vor einem zu starken Einfluss mitgliederschwacher Vereinigungen, was durchaus als Plädoyer für eine Beschränkung ihrer Gestaltungsmöglichkeiten gedeutet werden kann. Diese Aussage war insofern nicht überraschend, dass Merz mit der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) nur eine vergleichsweise mitgliederschwache Vereinigung hinter sich wusste, die jedoch für seine innerparteiliche Unterstützung als Wirtschaftsfachmann von Bedeutung war.⁸

4.3 Mehr kontroverse innerparteiliche Debatten

Alle drei waren sich einig, dass es zu viel „erbitterten Streit [...] um zu wenig“, wie es Spahn mehrfach wortgleich formulierte (G11, 16, 17, 21), zwischen CDU und CSU gegeben habe (H16, 18, 20; I12, 14; G11, 21). Für die CDU sei es essenziell, mehr „starke Köpfe“ (I4, 7; G5) in ihren Reihen sichtbar zu machen, die die Partei nach außen vertreten und unter Umständen auch für verschiedene Politikansätze stehen können, so Kramp-Karrenbauer. Sie verwies auf Leitfiguren der CDU zum Zeitpunkt ihres eigenen Parteieintrittes in den 1980er Jahren. Seinerzeit „wusste man, [Alfred] Dregger steht für das National-Konservative, Norbert Blüm steht für das Soziale, ein Lothar Späth steht für das Liberale“ (I16). Die Partei sei in

⁸ Im Juli 2023 hatte Merz das langjährige Gesicht der MIT, Carsten Linnemann, zum neuen Generalsekretär der CDU bestimmt und damit seine Nähe und vielleicht sogar Dank für die Unterstützung seiner Kandidaturen um den CDU-Vorsitz bekundet (Lehmann, 2023).

diesen Jahren erfolgreich gewesen, weil sie in der Lage war, „die gesamte Breite abzubilden und weil es nie die Angst [gab], dass irgendjemand in dieser Breite zu stark sein könnte“ (I7). Auch das Abbilden einer Vielzahl an Strömungen in der Partei sei wichtig, um dem eigenen Anspruch weiterhin gerecht zu werden, als Volkspartei wahrgenommen zu werden (I7; H8, 14, 15). Angesichts der weiten Bandbreite an Positionen einer Volkspartei sei es wichtig, stets einen fairen und respektvollen Umgang untereinander zu wahren (I3, 7, 14; G8, 12).

Anders als Kramp-Karrenbauer verband Merz die Ausweitung des parteiinternen Spektrums von politischen Positionen mit dem Ziel der Rückgewinnung ehemaliger Wähler:innen der CDU, die inzwischen zu anderen Parteien abgewandert seien. Dafür müsse, gerade auch mit Blick auf die AfD, an der innerparteilichen Diskussionskultur gearbeitet werden. Seiner Analyse folgend, „verlagert [die CDU] die politische Auseinandersetzung nach außen und [verweigert sich] schon fast [... dem] politischen Meinungskampf in der Mitte“ (H15), wo er eigentlich hingehöre. Auch Spahn gab an, bei Debatten innerhalb seiner Partei zu beobachten, dass regelmäßig „wegen einer politischen Überkorrektheit gleich wieder die Sprachpolizei da ist, wo sich manch einer gar nicht mehr traut, das richtige zu sagen aus Angst davor, jemand könnte behaupten, das nützt dem falschen“ (G8). Entsprechend müsse man in der CDU wieder vermehrt kontroverse Debatten führen, in der das Gegenargument ausgehalten und wertgeschätzt wird, solange am Ende dieses Prozesses die Lösungsfindung und der Kompromiss stehen (G3, 4, 9, 12).

Kramp-Karrenbauer dagegen sah keine Notwendigkeit zu mehr Kontroverse bei den internen Willensbildungsprozessen. Vielmehr machte sie sich für einen stärkeren Zusammenhalt in der Partei stark und die Zusammenführung ihrer internen Flügel als Aufgabe der neuen Vorsitzenden (I9, 10). Zudem hob sie an mehreren Stellen hervor, dass „der politische Gegner [...] immer in den anderen politischen Parteien [zu finden sei und] nie in den eigenen Reihen“ (I9).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Positionen der Kandidierenden bezüglich kontroverser Debatten in parteiinternen Willensbildungsprozessen einerseits nicht weit auseinandergingen. Sie stimmten überein, dass die CDU an der Kollegialität und Freundlichkeit im internen Umgang arbeiten müsse und es neben dem/der Vorsitzenden weitere sichtbare und inhaltlich unterscheidbare Leitfiguren brauche. Andererseits unterschieden sich die Stoßrichtungen von Merz und Spahn von jenen Kramp-Karrenbauers. Die Saarländerin betonte eine stärkere innerparteiliche Einigkeit sowie die Notwendigkeit der Zusammenführung widerstrebender Interessen. Spahn und Merz hingegen legten besonderen Wert auf die Forderung nach einer kontroverseren und streitfreudigeren innerparteilichen Auseinandersetzung. Dabei zielten sie mit ihrer Kritik unschwer erkennbar auf das Parteiestablishment unter Merkel, das aus ihrer Sicht parteiinterne Debatten gedämpft habe.

4.4 Förderung junger Mitglieder

Unter den Kandidierenden herrschte Konsens darüber, dass eine Verjüngung der Amts- und Mandatsträger:innen der CDU notwendig sei. Die Partei habe schon länger Schwierigkeiten, junge Neumitglieder zu rekrutieren. In Verantwortung dafür sahen sie vorrangig die Junge Union (JU), die mitgliederstärkste Jugendorganisation aller deutschen Parteien (Hülken, 2023), gefolgt von der Schülerunion (SU) und dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS). Als Vorfeldorganisationen der CDU könnten sie wichtige Ausbildungs- und Vermittlungsarbeit leisten (D10; E6; F5, 7; L7). Im Rahmen einer engen Zusammenarbeit mit diesen Unter- bzw. Nebenorganisationen könne die Partei ihre Attraktivität unter jungen Menschen steigern und sie langfristig binden (E5; F7; D10). Kramp-Karrenbauer verwies auf den laufenden Austausch zu diesem Thema, den sie als Generalsekretärin auch mit der Konrad-Adenauer-Stiftung führte. Mit ihr entwickle man Förderprogramme im Bereich der politischen Bildung für junge Menschen, um sie für die Übernahme von politischer Verantwortung zu begeistern und zu befähigen (F5, 7).

Spahn, der mit Abstand jüngste Kandidat, forderte den Generationenwechsel am deutlichsten. Hierbei bezog er sich gleich mehrfach auf ein Gespräch mit einem Mitglied am Rande der Regionalkonferenz in Halle (Saale). Dieses habe gesagt, dass Spahn noch „blutjung“ (D7-9, 11) sei und daher noch viel Zeit habe, in der Zukunft einmal politische Verantwortung zu übernehmen (ebenda). „Wenn man mit 38 noch blutjung ist, dann beschreibt [das] schon einen Teil des Problems der CDU“ (D8), das auch Fragen einer angemessenen Repräsentation gesellschaftlicher Gruppen in der Partei betreffe, so Spahn (D9). Mit dieser Feststellung verband er sein Angebot an die CDU, ihn als Ausdruck ihrer Verjüngung zum Vorsitzenden zu wählen und somit einen Generationenwechsel an der Spitze einzuleiten (D7, 8).

Merz ließ Skepsis gegenüber innerparteilichen Fördermaßnahmen erkennen, die bloß auf soziodemographische Merkmale abheben: Auf der Regionalkonferenz in Bremen machte er deutlich, dass „eine profunde berufliche Ausbildung und ein wirklich auch [...] Lebenserfahrung im Beruf [für ihn] unverzichtbar [...] für spätere politische Aufgaben“ seien (E5). Er würde „junge Frauen und junge Männer nicht in erster Linie danach fragen, was wollt ihr werden, sondern [...], was bringt ihr eigentlich an Erfahrung und an Ausbildung und Beruf mit, was für uns in der Partei richtig und notwendig ist?“ (E5). Mit dieser elitären Argumentation bediente er zudem Skepsis gegenüber der professionellen Berufspolitik, deren notwendige Bedingung ganz üblicherweise eine langjährige individuelle Kapitalakkumulation in den Parteien ist (Höhne 2013).

Die drei Kandidierenden teilten die Auffassung, dass die CDU ihre Anstrengungen intensivieren müsse, um junge Mitglieder in Ämter und Mandate zu verhelfen. Gleichzeitig taten sich Unterschiede zwischen ihnen auf: Spahn präsentierte

sich als Kandidat der jungen Generation, der ihr mehr Verantwortung einräumen wollte. Kramp-Karrenbauer, die als Generalsekretärin qua Amt mitverantwortlich für die Nachwuchsförderung war, verwies auf bereits umgesetzte und geplante Maßnahmen, ging darüber hinaus jedoch nur am Rande darauf ein. Merz hingegen merkte einschränkend an, dass er besonderes Augenmerk auf die Lebens- und Berufserfahrung aufstrebender ‚Jungunionist:innen‘ legen wolle.

4.5 Förderung weiblicher Mitglieder

Alle drei Kandidierenden sprachen sich dafür aus, dass die CDU mehr aktive weibliche Mitglieder brauche, um innerparteiliche Repräsentationslücken zu schließen (E4, 6; D9, 11; F4, 6, 8). Einen Ansatzpunkt hierzu sahen sie in der Ausgestaltung der Parteiarbeit, denn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit politischem Engagement stelle (auch) in der CDU ein Hindernis für Frauen dar, politische Verantwortung zu übernehmen (D6; E3, 4; F4, 6).

Bei der Bewertung der Ursachen und möglicher Konsequenzen des geringen Anteils von Frauen in Ämtern und Mandaten unterschieden sich die Positionen. Kramp-Karrenbauer und Merz warnten davor, dass die CDU Gefahr laufe, durch eine geringe Sichtbarkeit von Frauen an Attraktivität unter Wählerinnen zu verlieren (F6). Spahn hingegen sagte, dass er nicht der These folge, „dass Männer nur Männer [...] und Frauen nur Frauen wählen“. Diese Darstellung sei ihm zu einfach. Die Attraktivität der CDU hänge „nicht nur vom Geschlecht, sondern vom Gesamtangebot [ab] und mit welchen Themen man da so reingeht, mit welchem Profil, mit welchem Elan und anderes mehr“ (D5). Er thematisierte hingegen nicht, dass auch Männern eine angemessene Repräsentation von Frauen wichtig sein kann.

Auch bei konkreten Reformvorschlägen zur Erhöhung des Anteils weiblicher Führungspersonen in der Partei, die auf den Regionalkonferenzen diskutiert wurden, traten Unterschiede auf. Kramp-Karrenbauer zeigte sich gegenüber einer Vielzahl diesbezüglicher Reformbestrebungen aufgeschlossen. Sie rügte die nachlässige Beachtung des „Frauenquorums“ bei der Aufstellung der Listen der Landesparteien, dessen Nichteinhaltung vielerorts noch als „Kavaliersdelikt“ (F4, 8) angesehen werde. Jedoch sei die Ursache für den geringen Frauenanteil bei der Aufstellung der Direktkandidierenden zu verorten, für die das Quorum ohnehin nicht greife. Sie mahnte an, dass man „kein Prophet [sein brauche] um zu wissen, wenn wir keine vernünftige Antwort geben, werden wir über kurz oder lang eine Debatte, auch über gesetzliche Regelungen haben“ (F4), die man vermeiden wolle. Entsprechend müsse die CDU eine interne Regelung finden, um einen höheren Anteil von weiblichen Direktabgeordneten in den Parlamenten sicherzustellen (F4, 6). Kramp-Karrenbauer vermied so einerseits, für Gender-Mainstreaming-Maßnahmen bei der Besetzung von Direktmandaten zu werben, die eine Domäne

der Kreisverbände sind (Höhne, 2020). Andererseits signalisierte sie Bereitschaft, über parteiinterne Regelungen zu diskutieren.

Explizit auf solche Vorhaben angesprochen, bekundete auch Merz Veränderungswillen in diesem Bereich. Er äußerte Zweifel an der rechtlichen Zulässigkeit eines Paritätsgesetzes und sagte: „wenn kein anderes Mittel hilft, dann müssen wir auch [zu Änderungen an der eigenen Satzung] greifen“ (E4). Diese Position vertrat er jedoch nur auf einer Regionalkonferenz. Auf den anderen Regionalkonferenzen zeigte er sich kritisch gegenüber Satzungsänderungen, da man mit solchen Änderungen „den Frauen [...] und auch dem Problem nicht gerecht“ (E6) werde. Maßnahmen zur Erhöhung der Familienfreundlichkeit parteipolitischen Engagements in der CDU trug er hingegen mit (E6).⁹

Spahn stand derartigen Gleichstellungsmaßnahmen durchweg skeptisch gegenüber und argumentierte im Kern ähnlich wie die Landesverfassungsgerichte in Thüringen und Brandenburg bei ihren Urteilen gegen Paritätsgesetze (Jutzi, 2020). Bei den Aufstellungen in Direktwahlkreisen sei die Entscheidungsfreiheit der Partei vor Ort zu wahren, denn „wenn wir jetzt anfangen, auch diese Themen alle irgendwie noch rechtlich zu regulieren, wer, wo, wie, mit welchem Geschlecht, am Ende mit welchem Alter, und was für Quoten wir sonst so alles einführen, dann wird es irgendwann schwierig“ (D6), so Spahn. Solche Reformen seien mit zu weitreichenden Einschränkungen der demokratischen Wahl verbunden (D9).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Kramp-Karrenbauer mit Nachdruck die Forderung vertrat, dass der Frauenanteil in den Ämtern und Mandaten der CDU steigen müsse. Sie zeigte sie sich aufgeschlossen, über Wege zur konsequenten Quotierung von Listen- und Wahlkreiskandidaturen zu diskutieren. Merz verdeutlichte, dass es sich bei derartigen Regelungen nur um ein äußerstes Mittel handeln dürfe. Spahn hingegen lehnte sie ab und verwies auf weitere mögliche Quotierungsforderungen sowie die damit einhergehende Einschränkung der Entscheidungsfreiheit regionaler und lokaler Parteiverbände.

5. Fazit

Im Herbst 2018 veranstaltete die CDU im Vorlauf ihres Bundesdelegiertenparteitags von Dezember 2018, auf dem die neue Parteivorsitzende gewählt wurde, Regionalkonferenzen für einen innerparteilichen Diskurs zur Kandidierendenfrage. Für die Bundes-CDU stellte dieses Verfahren eine neuartige Form der diskursiven Einbeziehung der Basismitglieder in eine zentrale Personalentscheidung dar. Auf den acht Konferenzen entwickelte sich ein öffentlich ausgetragener parteiinterner

⁹ Nachdem Merz Anfang 2022 Bundesvorsitzender der CDU wurde, setzte er sich für die schrittweise Einführung der Frauenquote in seiner Partei ein. Seine ambivalente Haltung bei diesem Thema wurde aber immer wieder deutlich, u.a. in seinen Gender-kritischen Tweets im Frühsommer 2023 (Garbe & Gathmann, 2022; Menzel, 2023).

Wahlkampf zwischen Kramp-Karrenbauer, Merz und Spahn, wobei AKK letztlich das Rennen in einer Stichwahl für sich entscheiden konnte.

Die Regionalkonferenzen boten eine seltene Gelegenheit zur systematischen qualitativen Analyse der Forderungen der Kandidierenden um den Parteivorsitz zur weiteren Organisationsentwicklung der CDU.¹⁰ Wir haben aufgezeigt, welche Forderungen auf den Regionalkonferenzen diskutiert wurden und wie sich die drei Kandidierenden dabei jeweils positioniert haben. Laut war der Ruf nach mehr Mitgliederbeteiligung, genauso wie der nach einer stärkeren Einbeziehung der Vereinigungen in die Programmarbeit der CDU und kontroverseren innerparteilichen Debatten. Fragen der adäquaten Repräsentation von jungen und weiblichen Mitgliedern in Ämtern und Mandaten, die bislang v.a. bei Bündnisgrünen, Linkspartei und SPD verortet wurden, wurde nunmehr auch in der christdemokratischen Union aufgeworfen.

Bei den Haltungen der Kandidierenden zu innerparteilichen Wandlungsbestrebungen wurden eigeninteressenbasierte Positionierungen sichtbar. Forderungen betrafen v.a. Veränderungen, die ihrer eigenen Wahl als zuträglich erschienen. Im Gegenzug meldeten sie stellenweise Bedenken mit Blick auf Vorschläge an, die eher für deren Konkurrenz gesprochen hätten. Deutlich wurde dies bei Forderungen nach einer stärkeren Sichtbarkeit jüngerer und weiblicher Mitglieder in Verantwortungspositionen der Partei und nach Steigerung der Kontroversität innerparteilicher Debatten. Kramp-Karrenbauer signalisierte – als einzige weibliche Kandidatin – ihre Bereitschaft, über ambitionierte Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in Ämtern und Mandaten der CDU zu diskutieren. Ihre beiden – männlichen – Mitbewerber gaben bei innerparteilichem Gender Mainstreaming eher Bedenken zu Protokoll und erachteten weitgehende Maßnahmen höchstens als eine Notlösung. Dagegen fand der Wunsch nach kontroverseren Diskussionen unter Einbeziehung eines breiteren Spektrums an Positionen vor allem beim konservativen Flügel der CDU Anklang. Damit versuchte Merz die Parteimitglieder auf seine Seite zu ziehen, die in den Jahren zuvor mit der Politik der Bundeskanzlerin und Parteivorsitzenden gehadert hatten.

Diese Befunde stützten die von William P. Cross und André Blais (2012) formulierte Annahme, wonach eine verstärkte Einbindung von Parteimitgliedern im Rahmen personeller Auswahlverfahren strategisches Verhalten der Kandidierenden bei deren inhaltlicher Positionierung an Bedeutung gewinnt. Interaktionen zwischen Basisbeteiligung und strategischer Positionierung von Kandidierenden bedürfen einer weiterführenden Analyse. So wäre eine Berücksichtigung von weiteren Auswahlprozessen in anderen Parteien, idealerweise aus anderen Ländern, notwendig, um generalisierbare Aussagen über die strategische Positionierung von Kandidierenden bei internen Wandlungsprozessen zu treffen.

¹⁰ Zur Analyse eines CDU-Parteitags vgl. jüngst Best, 2023.

Mit Blick auf das Forschungsobjekt „CDU“ und deren Organisation kann ausblü-ckend festgehalten werden, dass die Partei seit dem Abschied von Angela Merkel als Vorsitzende bis heute um ihre interne Aufstellung ringt. Viele Fragen, die bei den Regionalkonferenzen im Jahr 2018 aufgeworfen wurden, beanspruchen noch immer Aktualität bzw. sind nicht abschließend beantwortet. Den deutlichsten Re-formschritt ist die CDU sicherlich mit der Verabschiedung der Frauenquote ge-gangen. Andere Reformbaustellen, insbesondere zur Ausweitung innerpartei-licher Partizipation, auch für Menschen ohne Parteibuch, scheinen zu stagnieren. Will sie ihren Anspruch als Volkspartei aufrechterhalten, wird es neben einer ver-breiteten Repräsentation in Leitungsfunktionen wie auch in der Basismitglied-schaft darum gehen, das interne Parteileben zu vitalisieren. Ausgerechnet ihr ärgster Konkurrent im Parteiensystem, die AfD, macht vor, wie dies funktionieren kann. Deren innerparteiliche Entscheidungsfindung ist im Vergleich mit allen an-deren Bundestagsparteien am transparentesten, inklusivsten und konkurrenzori-entiertesten (Höhne, 2023). Während die CDU in diesem Bereich von der AfD lernen könnte, sollte sie sich bei politischen Themen tunlichst nicht von rechts-populistischer Rhetorik antreiben lassen. Mit einer solch einseitigen thematischen Verengung würde sie aus parteistrategischer Sicht riskieren, Mitglieder und Wäh-ler:innen aus der politischen Mitte zu verlieren und Gefahr laufen, sich bei Wahlen am Ende als eine zurechtgestutzte konservative Partei wiederzufinden. Aus demokratietheoretischer Perspektive trägt gerade die CDU dafür Verantwortung, die politischen Ambitionen der rechtspopulistischen bis rechtsextremen Partei nicht zu befördern (Levitsky & Ziblatt, 2018; Heinze, 2023).

Literaturverzeichnis

- Ahrens, P., & Lang, S. (2022). Angela Merkel and the CDU Quota Curse. *German Politics*, 31(1), 40–58. <https://doi.org/10.1080/09644008.2021.1979965>
- Alexander, R. (2021). *Machtverfall: Merkels Ende und das Drama der deutschen Politik* (1. Aufl.). Siedler
- Alexandre-Collier, A., & Avril, E. (2021). The use of primaries for the selection of party leaders in the UK Conservative and Labour parties: Formal rules and ideological congruence. In *New Paths for Selecting Political Elites*. Routledge
- Allern, E. H., Otjes, S., Poguntke, T., Hansen, V. W., Saurugger, S., & Marshall, D. (2021). Conceptualizing and measuring party-interest group relationships. *Party Politics*, 27(6), 1254–1267. <https://doi.org/10.1177/1354068820949393>
- Amann, M., & Neukirch, R. (2018, Januar 26). Angela Merkel will Annegret Kramp-Karrenbauer als Nachfolgerin aufbauen. *Der Spiegel*. <https://www.spiegel.de/spiegel/angela-merkel-will-annegret-kramp-karrenbauer-als-nachfolgerin-aufbauen-a-1189954.html>

- Astudillo, J., & Detterbeck, K. (2020). Why, sometimes, primaries? Intraparty democratization as a default selection mechanism in German and Spanish mainstream parties. *Party Politics*, 26(5), 594–604. <https://doi.org/10.1177/1354068818795195>
- Aylott, N., & Bolin, N. (2017). Managed intra-party democracy: Precursory delegation and party leader selection. *Party Politics*, 23(1), 55–65. <https://doi.org/10.1177/1354068816655569>
- Aylott, N., & Bolin, N. (2022). Locating power in party leader selection. *Scandinavian Political Studies*, 1–22. <https://doi.org/10.1111/1467-9477.12243>
- Bale, T. (2012). *The Conservatives since 1945: The Drivers of Party Change* (1. Aufl.). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780199234370.001.0001>
- Beitzer, H. (2018, Oktober 29). Rücktritt von Angela Merkel—Das Wagnis der Kanzlerin. *Süddeutsche.de*. <https://www.sueddeutsche.de/politik/merkel-cdu-partiechefin-1.4190183>
- Best, V. (2023). I wish I was special, you're so f***ing special. Politische Kommunikation qua Pausenmusik beim CDU-Parteitag? *INDES*, 11(1) Doi: <https://doi.org/10.13109/inde.2023.11.1.121>
- Blüm, N. (2018, Dezember 5). *CDU-Vorsitz: „Wir sind im letzten Akt einer Tragödie“* (B. Stuff) [Die Zeit]. <https://www.zeit.de/2018/51/cdu-vorsitz-angela-merkel-macht-kanzlerschaft-norbert-bluem>
- Bogdanor, V. (2022). Choosing the Conservative Leader: A View from History. *The Political Quarterly*, 93(4), 564–575. <https://doi.org/10.1111/1467-923X.13207>
- Böhringer, E., & Höhne, B. (2021, September 15). *Funktionserfüllung herausgefordert. Diversity in Parteien*. Portal für Politikwissenschaft. <https://www.pw-portal.de/themen/funktionserfuellung-herausgefordert>
- Bösch, F. (2018). Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU). In F. Decker & V. Neu (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Parteien* (3. Aufl., S. 242–261). Springer VS
- Bukow, S. (2013). *Die professionalisierte Mitgliederpartei*. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-00865-9>
- Bukow, S., & Koch, E. (2021). Erfolgreiches Scheitern: Bündnis 90/Die Grünen und die Bundestagswahl 2017. In U. Münch, H. Oberreuter, & J. Siegmund (Hrsg.), *Komplexe Farbenlehre: Perspektiven des deutschen Parteiensystems im Kontext der Bundestagswahl 2017* (1. Aufl., S. 227–249). Campus Verlag
- CDU. (2023). *Regionalkonferenzen, Mitgliederumfrage und vieles mehr*. <https://www.cdu.de/artikel/regionalkonferenzen-mitgliederumfrage-und-vieles-mehr>

- CDU. (2022). *Grundsätzlich CDU*. Grundsätzlich CDU. <https://www.grundsatzprogramm-cdu.de/>
- Cross, W. P., & Blais, A. (2012). *Politics at the Centre: The Selection and Removal of Party Leaders in the Anglo Parliamentary Democracies* (2. Aufl.). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780199596720.001.0001>
- Cross, W. P., Kenig, O., Rahař, G., & Pruyers, S. (2016). *The Promise and Challenge of Party Primary Elections: A Comparative Perspective* (1. Aufl.). McGill-Queen's University Press
- D'Antonio, O., & Werwath, C. (2012). Die CDU: Innerparteiliche Willensbildung zwischen Gremienarbeit und Grauzone. In K.-R. Korte & J. Treibel (Hrsg.), *Wie entscheiden Parteien? Prozesse innerparteilicher Willensbildung in Deutschland* (1. Aufl., Bd. 2, S. 35–62). Nomos
- Dostal, J. M. (2019). From Merkel to Kramp-Karrenbauer: Can German Christian Democracy Reinvent Itself? *The Political Quarterly*, 90(2), 286–296. <https://doi.org/10.1111/1467-923X.12680>
- Dunz, K., & Mayntz, G. (2017, Oktober 17). Kürbissuppe statt Konfrontation. *Groß-Gerauer Echo*. <https://advance.lexis.com/api/document?collection=news&id=urn:contentItem:5PRD-S841-JDMN-J2PP-00000-00&context=1516831>
- Faas, T. (2015). The German Federal Election of 2013: Merkel's Triumph, the Disappearance of the Liberal Party, and Yet Another Grand Coalition. *West European Politics*, 38(1), 238–247. <https://doi.org/10.1080/01402382.2014.939568>
- Faas, T., & Klingelhöfer, T. (2019). The more things change, the more they stay the same? The German federal election of 2017 and its consequences. *West European Politics*, 42(4), 914–926. <https://doi.org/10.1080/01402382.2018.1561079>
- Frauen Union. (2018a). *Bericht zur politischen Gleichstellung von Frauen und Männern*. Frauen Union. https://www.frauenunion.de/sites/www.frauenunion.de/files/gleichstellungsberichte/gleichstellungsbericht_2018_neu_gesamt1.pdf
- Frauen Union. (2018b, November 4). *Zukunft der Volkspartei CDU*. Frauen Union der CDU Deutschlands. <https://www.frauenunion.de/artikel/zukunft-der-volkspartei-cdu>
- Garbe, S., & Gathmann, F. (2022, September 10). Friedrich Merz macht die CDU zur Quotenpartei. *Der Spiegel*. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/cdu-friedrich-merz-setzt-frauenquote-durch-a-fb5d4af9-4018-4a42-a8c6-2a7c4eba113b>
- Gathmann, F. (2018a, Oktober 29). Angela Merkel und die CDU: Der Abschied, erster Teil. *Der Spiegel*. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-und-die-cdu-der-abschied-erster-teil-a-1235740.html>

- Gathmann, F. (2018b, November 30). CDU: Bilanz der Kandidatenschau von AKK, Jens Spahn, Friedrich Merz. *Der Spiegel*. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/cdu-bilanz-der-kandidatenschau-von-akk-jens-spahn-friedrich-merz-a-1241439.html>
- Gauja, A. (2016). *Party Reform: The Causes, Challenges, and Consequences of Organizational Change* (1. Aufl.). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780198717164.001.0001>
- Graw, A. (2018, November 7). CDU-Vorsitz: Völkerrechtler Matthias Herdegen zieht Kandidatur zurück. *DIE WELT*. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article183443178/CDU-Vorsitz-Voelkerrechtler-Matthias-Herdegen-zieht-Kandidatur-zurueck.html>
- Handwerker, C. (2019). Die gespaltene Union zwischen Macht und Werten. In O. Hidalgo & G. Pickel (Hrsg.), *Flucht und Migration in Europa: Neue Herausforderungen für Parteien, Kirchen und Religionsgemeinschaften* (S. 127–159). Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-23309-9_6
- Harmel, R. (2002). Party organizational change: Competing explanations? *Political parties in the New Europe: Political and analytical challenges*, 119–142.
- Harmel, R., Heo, U., Tan, A., & Janda, K. (1995). Performance, leadership, factions and party change: An empirical analysis. *West European Politics*, 18(1), 1–33. <https://doi.org/10.1080/01402389508425055>
- Harmel, R., & Janda, K. (1994). An Integrated Theory of Party Goals and Party Change. *Journal of Theoretical Politics*, 6(3), 259–287. <https://doi.org/10.1177/0951692894006003001>
- Haungs, P. (1992). CDU — Christlich Demokratische Union Deutschlands. In U. Andersen & W. Woyke (Hrsg.), *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland* (S. 103–108). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-322-95896-9_26
- Heinze, A.S. (2023). Learning how to Respond to the AfD. Uploading from the Subnational to the National Level? In: M. Weisskircher (Hrsg.), *Contemporary Germany and the Fourth Wave of Far-Right Politics* (1. Aufl., S. 189-204). Routledge.
- Helms, L. (2000). „Politische Führung“ als politikwissenschaftliches Problem. *Politische Vierteljahresschrift*, 41(3), 411–434. <https://www.jstor.org/stable/24199001>
- Hertner, I. (2022). Germany as ‘a country of integration’? The CDU/CSU’s policies and discourses on immigration during Angela Merkel’s Chancellorship. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 48(2), 461–481. <https://doi.org/10.1080/1369183X.2020.1853908>

- Höhne, B. (2013). *Rekrutierung von Abgeordneten des Europäischen Parlaments: Organisation, Akteure und Entscheidungen in Parteien*. Verlag Barbara Budrich
- Höhne, B. (2020). Frauen in Parlamenten und Parteien. Innerparteiliche Hürden und Ansätze für Gleichstellungspolitik. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 70(38), 32–40
- Höhne, B. (2023). How Democracy Works within a Populist Party: Candidate Selection in the Alternative for Germany. *Government and Opposition*, 58(3), S. 478–496. <https://doi.org/10.1017/gov.2021.33>
- Hooghe, M., Stolle, D., & Stouthuysen, P. (2004). Head Start in Politics: The Recruitment Function of Youth Organizations of Political Parties in Belgium (Flanders). *Party Politics*, 10(2), 193–212. <https://doi.org/10.1177/1354068804040503>
- Hopkin, J. (2001). Bringing the Members Back in?: Democratizing Candidate Selection in Britain and Spain. *Party Politics*, 7(3), 343–361. <https://doi.org/10.1177/1354068801007003005>
- Hülken, C. (2023). *Zwischen Sozialisation und Selektion: Die Rolle der Parteijugend bei der Rekrutierung von Berufspolitikern in Deutschland*. Springer VS
- Jun, U. (2018). Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD). In V. Neu & F. Decker (Hrsg.), *Handbuch der Deutschen Parteien* (3. Aufl., S. 468–486). Springer VS
- Jun, U. (2022). Die Regierungsparteien CDU/CSU und SPD: Überraschender Wahlsieg der SPD als Wachablösung im Parteienwettbewerb? In R. Zohlnhöfer & F. Engler (Hrsg.), *Das Ende der Merkel-Jahre: Eine Bilanz der Regierung Merkel 2018-2021* (S. 45–68). Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-38002-1_3
- Jun, U., & Jakobs, S. (2021). The Selection of Party Leaders in Germany. In N. Aylott & N. Bolin (Hrsg.), *Managing Leader Selection in European Political Parties* (1. Aufl., S. 73–94). Springer International Publishing. https://doi.org/10.1007/978-3-030-55000-4_4
- Jun, U., & Minas, M. (2023). Power struggles in the German Christian Democrats. The dynamics of three consecutive leadership contests. *Frontiers in Political Science*, 5. <https://www.frontiersin.org/articles/10.3389/fpos.2023.1039547>
- Jutzi, S. (2020). Aus für Thüringer Paritätsgesetz. Zum Urteil des Verfassungsgerichtshofs Thüringen vom 15. Juli 2020 – VerfGH 2/20. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 51(3), 639–649. <https://doi.org/10.5771/0340-1758-2020-3-639>

- Karnitsching, M. (2020, November 27). Meet the German Donald Trump. *POLITICO*. <https://www.politico.eu/article/friedrich-merz-cdu-right-wing-meet-the-german-donald-trump/>
- Katz, R. S., & Mair, P. (1993). The Evolution of Party Organizations in Europe: The Three Faces of Party Organization. *American Review of Politics*, 14, 593–617. <https://doi.org/10.15763/issn.2374-7781.1993.14.0.593-617>
- Keesen, J., Towfigh, E., & Ulrich, J. (2018). Sternstunde innerparteilicher Demokratie?: Gedanken zur „offenen“ Wahl der nächsten CDU-Parteivorsitzenden. *Verfassungsblog: On Matters Constitutional*. <https://doi.org/10.17176/20181205-180700-0>
- Kerchner, B. (2006). Diskursanalyse in der Politikwissenschaft. Ein Forschungsüberblick. In B. Kerchner & S. Schneider (Hrsg.), *Foucault: Diskursanalyse der Politik: Eine Einführung* (S. 33–67). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-90475-7_2
- Kramp-Karrenbauer, A. (2015, Juni 3). Interview mit Kramp-Karrenbauer: „... dann die Forderung nach Heirat von mehr als zwei Menschen?“ [Saarbrücker Zeitung]. https://www.saarbruecker-zeitung.de/nachrichten/politik/inland/interview-kramp-karrenbauer-zieht-in-debatte-um-homo-ehe-grenzen_aid-1542981
- Küppers, A. (2021). *Urwahlen auf Landesebene: Ursachen und Konsequenzen der Demokratisierung innerparteilicher Willensbildung bei SPD und CDU* (1. Aufl., Bd. 27). Nomos Verlagsgesellschaft. <https://doi.org/10.5771/9783748923633>
- Küppers, A. (2023). The Occasional Democratisation of Party Leadership Selection: A Mechanism-Centred Approach. *Politische Vierteljahresschrift* (2023). <https://doi.org/10.1007/s11615-023-00487-x>
- LeDuc, L. (2001). Democratizing Party Leadership Selection. *Party Politics*, 7(3), 323–341. <https://doi.org/10.1177/1354068801007003004>
- Lefebvre, R., & Treille, É. (2017). The introduction of open primaries among Les Républicains and the Parti Socialiste. *Revue française de science politique*, 67(6), 1167–1185. https://www.cairn-int.info/article-E_RFSP_676_1167-the-introduction-of-open-primaries-among.htm
- Lehmann, R. (2023, Juli 12). So reagiert die CDU auf Carsten Linnemann. *noz.de*. <https://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/so-reagiert-die-cdu-auf-carsten-linnemann-45109238>
- Levitsky, S., & Ziblatt, D. (2018). *How Democracies Die*. Crown Publishers.
- Lewandowsky, M. (2022). *Populismus: Eine Einführung*. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-36466-3>

- Lisi, M. (2010). The democratisation of party leadership selection: The Portuguese experience. *Portugese Journal of Social Sciences*, 9(2), 127–149. https://doi.org/10.1386/pjss.9.2.127_1
- Lüdecke, U. (2018, November 23). AKK, Merz oder Spahn: Wer liegt beim Rennen um den CDU-Parteivorsitz vorn? *FOCUS online*. https://www.focus.de/politik/deutschland/kandidatencheck-nach-drei-regionalkonferenzen-akk-merz-oder-spahn-wer-liegt-beim-rennen-um-den-cdu-parteevorsitz-vorn_id_9954957.html
- Menzel, B. (2023, Juni 6). Merz schimpft auf Gendersprache: „Hunderte Stimmen mehr für die AfD“ – Welle der Kritik folgt. *Frankfurter Rundschau*. <https://www.fr.de/politik/kritik-friedrich-merz-cdu-gender-sprache-gendern-stimmen-afd-92322517.html>
- Merz, F. (2018a, November 14). *Friedrich Merz: Der Millionär, der sich zur oberen Mittelschicht zählt* [BILD]. <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/friedrich-merz-der-millionaer-der-sich-zur-oberen-mittelschicht-zaehlt-58420590.bild.html>
- Merz, F. (2018b, Dezember 2). *Kandidat für CDU-Vorsitz: Friedrich Merz fordert Steuerfreiheit für Aktiensparer* (R. Alexander, J. Schuster, & T. Vitzthum) [WELT]. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article184818680/Kandidat-fuer-CDU-Vorsitz-Friedrich-Merz-fordert-Steuerfreiheit-fuer-Aktiensparer.html>
- Merz, F. (2020a, Februar 5). *Friedrich Merz: Persönliche Erklärung zum Aufsichtsratsvorsitz von BlackRock*. Friedrich Merz. <https://web.archive.org/web/20200205164534/https://www.friedrich-merz.de/persoenliche-erklaerung-zum-aufsichtsratsvorsitz-von-blackrock/>
- Merz, F. (2020b, Oktober 26). *ARD Morgenmagazin* [Interview]. <https://www.daserste.de/specials/service/404-not-found-100.html>
- Mittelstands- und Wirtschaftsunion. (2018, November 19). *CDU-Vorsitz: Kandidaten präsentieren sich MIT-Bundesvorstand*. <https://www.mit-bund.de/content/cdu-vorsitz-kandidaten-praesentieren-sich-mit-bundesvorstand>
- Mudde, C., & Kaltwasser, C. R. (2017). *Populism: A Very Short Introduction*. Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/actrade/9780190234874.001.0001>
- Mushaben, J. M. (2022). Against All Odds: Angela Merkel, Ursula von der Leyen, Annegret Kramp-Karrenbauer and the German Paradox of Female CDU Leadership. *German Politics*, 31(1), 20–39. <https://doi.org/10.1080/09644008.2021.2000599>
- Neu, V. (2017). *„Ich wollte etwas bewegen“: Die Mitglieder der CDU*. Konrad-Adenauer-Stiftung

- Och, M. (2020). Man interrupting in the German Bundestag: Gendered Opposition to Female Members of Parliament? *Politics & Gender*, 16(2), 388–408. <https://doi.org/10.1017/S1743923X19000126>
- Oppelland, T. (2020). Die CDU: Volkspartei am Ende der Ära Merkel. In U. Jun & O. Niedermayer (Hrsg.), *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2017: Aktuelle Entwicklungen des Parteienwettbewerbs in Deutschland* (S. 43–69). Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-29771-8_2
- Orde, S. am. (2023, März 11). Regionalkonferenz der CDU in Münster: Eine Partei sucht die Zukunft. *Die Tageszeitung: taz*. <https://taz.de/!5921151/>
- Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU/CSU. (2018, November 5). *CDU-Vereinigungen vereinbaren Kandidatengespräch*. OMV. <https://www.omv.cdu.de/artikel/cdu-vereinigungen-vereinbaren-kandidatengespraech>
- Pilet, J. B., & Cross, W. P. (2014). The selection of party leaders in comparative perspective. In *The Selection of Political Party Leaders in Contemporary Parliamentary Democracies: A Comparative Study* (1. Aufl.). Routledge
- Saarländischer Rundfunk. (2023, Mai 5). AKK mit großer Mehrheit zur neuen CDU-Generalsekretärin gewählt. *SR.de*. https://www.sr.de/sr/home/nachrichten/politik_wirtschaft/kramp_karrenbauer_parteitag_cdu_generalsekretaerin_gewaehlt100.html
- Sandri, G., & Seddone, A. (2015). Introduction: Primary Elections across the World. In *Party Primaries in Comparative Perspective* (S. 1–20). Routledge
- Scarrow, S. E. (2021). Intra-Party Democracy and Party Unity: Varied Rules, Varied Consequences. *Representation*, 57(1), 41–57. <https://doi.org/10.1080/00344893.2020.1785537>
- Schulte, U. (2018, November 7). Annegret Kramp-Karrenbauer: Die Brückenbauerin. *Die Tageszeitung: taz*. <https://taz.de/!5549109/>
- Schwambach, O. (2018, Dezember 4). Vor dem CDU-Parteitag: „Kramp-Karrenbauer steht über den Flügeln“. *Saarbrücker Zeitung*. https://www.saarbruecker-zeitung.de/saarland/saar-cdu-unterstuetzt-kramp-karrenbauer-geschlossen_aid-34913959
- Spahn, J. (2018a, November 1). Gastbeitrag von Jens Spahn: Für den politischen Generationenwechsel. *FAZ.NET*. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gastbeitrag-von-jens-spahn-fuer-den-politischen-generationenwechsel-15866931.html>
- Spahn, J. (2018b, November 13). *Spahn spottet über Merz – Andenpakt nennt er „Reisegruppe“* (G. Rempinski & D. Vates) [Redaktionsnetzwerk Deutschland]. <https://www.rnd.de/politik/spahn-spottet-uber-merz-andenpakt-nennt-er-reisegruppe-7RKV7ETRIL46TCSNWCBELHLHAM.html>

- Spahn, J. (2018c, November 20). *Jens Spahn über den UN-Migrationspakt—„Darin sitzt der Keim für einen weiteren massiven Vertrauensverlust“* [Cicero]. <https://www.cicero.de/innenpolitik/jens-spahn-un-migrationspakt-cdu-partei-vorsitz-friedrich-merz/plus>
- Tauber, P. (2017, Juli 26). [Interviewt von G. Hartwig; Märkische Oderzeitung]. <https://archiv.cdu.de/artikel/interview-von-cdu-generalsekretaer-peter-tauber-mit-der-maerkischen-oderzeitung>
- Träger, H. (2015). Innerparteiliche Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse zur Bundestagswahl 2013: Eine Urwahl, zwei Mitgliederentscheide und neue Verfahren der Wahlprogrammarbeitung. In K.-R. Korte (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2013: Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung* (S. 269–289). Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-02915-9_12
- Von Lieben. M. (2018). CDU-Regionalkonferenzen—Wettstreit um den Parteivorsitz. *Deutschlandfunk*. <https://www.deutschlandfunk.de/cdu-regionalkonferenzen-wettstreit-um-den-partei-vorsitz-100.html>
- Wittrock, P. (2018, Februar 25). Jens Spahn: Warum Angela Merkel den Rebellen zum Gesundheitsminister macht. *Der Spiegel*. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/jens-spahn-warum-angela-merkel-den-rebellen-zum-gesundheitsminister-macht-a-1195310.html>
- Ziemiak, P. (2018, Februar 9). *JU-Vorsitzender Paul Ziemiak—„Wir müssen uns inhaltlich und personell erneuern“* (S. Zerback) [Deutschlandfunk]. <https://www.deutschlandfunk.de/ju-vorsitzender-paul-ziemiak-wir-muessen-uns-inhaltlich-und-100.html>

Datenquellen

Regionalkonferenz	Datenquellen (zuletzt geprüft am 23. Juli 2023)
Lübeck (Niedersachsen)	- https://www.youtube.com/watch?v=wrvQcdwV84Q
Idar-Oberstein (Rheinland-Pfalz)	- https://www.youtube.com/watch?v=KDj1lze0Jv8
Seebach (Thüringen)	- https://www.youtube.com/watch?v=PT10tvnM9I8
Halle (Saale) (Sachsen-Anhalt)	- https://www.youtube.com/watch?v=a3-4OSaxmn8
Böblingen (Baden-Württemberg)	- https://www.youtube.com/watch?v=EghpbRbrwC4
Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen)	- https://www.youtube.com/watch?v=Zw2eOijOGHY
Bremen	- https://www.youtube.com/watch?v=5PVeaw4__ho
Berlin	- https://www.youtube.com/watch?v=cqiUJh56Gkg